

Vorlage		Vorlage-Nr:	FB 01/0509/WP17
Federführende Dienststelle: Fachbereich Verwaltungsleitung		Status:	öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		AZ:	
		Datum:	14.01.2019
		Verfasser:	
Ratsanfragen			
Beratungsfolge:			
Datum	Gremium	Zuständigkeit	
23.01.2019	Rat der Stadt Aachen	Kenntnisnahme	

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt nimmt die nach der Geschäftsordnung fristgerecht eingereichten Ratsanfragen zur Kenntnis.

Philipp

Oberbürgermeister

Erläuterungen:

Von den Fraktionen bzw. Ratsmitgliedern wurden Ratsanfragen innerhalb der in § 13 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Rat genannten Frist eingereicht, die als Anlage beigefügt sind.

Anlage/n:

Fristgerecht eingereichte Ratsanfragen

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen



Aachen, 4. Dezember 2018

Ratsanfrage: Arbeitsbedingungen bei CCC (Competence Call Center)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wie einer Pressemitteilung der Stadt Aachen zu entnehmen war, plant das Dienstleistungsunternehmen CCC in Aachen-Nord die Eröffnung seines 22. Standortes mit ca. 300 Arbeitsplätzen.

Da die Arbeitsbedingungen in Callcentern in der Vergangenheit häufig in die öffentliche Kritik geraten sind, bitten wir um Beantwortung folgender Fragen:

1. Kann CCC den Nachweis einer Bindung an einen Tarifvertrag erbringen? Falls ja, an welchen?
2. Gibt es bei CCC Betriebsräte? Falls nein, warum nicht?
3. Ist es bei CCC üblich mit einer sogenannten ‚Power-Hour‘ Auftragsspitzen abzuarbeiten, in der Pausenzeiten – die dem Gesundheitsschutz der Mitarbeiter*innen dienen – außer Kraft gesetzt werden?
4. Ist es zutreffend, dass neue Mitarbeiter während der ersten zwei Wochen, in denen sie Schulungen besuchen, nicht sozialversichert sind?
5. Erhält CCC Subventionen zur Errichtung des Standortes? Falls ja, in welcher Form und von wem?

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "L. Deumens".

Leo Deumens

A handwritten signature in blue ink, appearing to read "E. Begolli".

Ellen Begolli

Christoph Berg - Ratsanfrage Infrastruktur Mobilfunk für das Stadtgebiet Aachen

Von: Hermann Pilgram <pilgram@tema.de>
An: "oberbuergermeister@mail.aachen.de" <oberbuergermeister@mail.aachen.de>
Datum: Freitag, 4. Januar 2019 12:06
Betreff: Ratsanfrage Infrastruktur Mobilfunk für das Stadtgebiet Aachen
CC: Christoph Berg <Christoph.Berg@mail.aachen.de>

Eingang bei FB 01

04. Jan. 2019

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

ich bitte um Beantwortung folgender Ratsanfrage betreffend die Infrastruktur für Mobilfunk für das Stadtgebiet Aachen, insbesondere auch 5G.

Ratsanfrage:

1. Verfügt die Verwaltung über Informationen über die Infrastruktur für Mobilfunk im Stadtgebiet Aachen, insbesondere über die Standorte der Basisstationen und die Mobilfunkfrequenzen, die diese aktuell abdecken bzw. in Zukunft abdecken können?
2. Ist diese Infrastruktur ausreichend, um im Stadtgebiet möglichst flächendeckend die Nutzung der Standards 4G und 5G zu ermöglichen?
3. 5G benötigt eine kleinzellige Netzarchitektur. Welche Anpassungen der Infrastruktur sind dafür notwendig?
4. Welche Planungen zur Anpassung der Infrastruktur an die Anforderungen für 5G gibt es für das Stadtgebiet Aachen bzw. welche sind der Verwaltung bekannt?
5. Welche Aktivitäten unternimmt die Verwaltung bzw. plant sie, um in Aachen eine möglichst gute Ausstattung mit 5G zu erreichen.

MfG

Hermann Josef Pilgram



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
FRAKTION IM RAT DER STADT AACHEN

An den
Oberbürgermeister
Herrn Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB 01
09. Jan. 2019

Aachen, 09. Januar 2019, Az.: Af. 90/19

FRAKTIONSVORSITZENDER
Michael Servos

Ihre Ansprechpartner:

Tobias Küppers
Fraktionsgeschäftsführer

Telefon:
0241 - 432 72 15
E-Mail:
tobias.kueppers@mail.aachen.de

Geschäftszeiten:

Montag bis Donnerstag:
08:30 bis 17.00 Uhr
Freitag:
08:30 bis 14 Uhr

Anschrift:

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Str. 1
52062 Aachen

Kontakt:

Telefon 0241 - 432 72 15
Fax 0241 - 499 44
E-Mail:
spd.fraktion@mail.aachen.de
Internet:
www.spd-aachen.de

Bankverbindung:

IBAN:
DE36390500000000199562
BIC:
AACSDE33

Ratsanfrage des Ratsherren Karl Schultheis

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Stadt Aachen plant im Aachener Hauptbahnhof einen Durchstich der Personenunterführung in Richtung Aachen-Süd (Kasinostraße). Die Federführung des Projekts liegt bei der Stadt Aachen. Die DB Netz AG und die DB S&S AG sind als Betroffene in die Absprachen um die Planung mit einbezogen. Die HOAI-Leistungsphasen 1 und 2 hierzu sind bereits abgeschlossen. Die Planungsvereinbarungen für die HOAI der Leistungsphasen 3 und 4 sollen der Stadt Aachen schon vorliegen.

In diesem Zusammenhang bitte ich um die Beantwortung folgender Frage:

Wann ist die abschließende Beteiligung des Rates der Stadt Aachen geplant, damit die Maßnahme endlich umgesetzt werden kann?

Vielen Dank und mit freundlichen Grüßen

Karl Schultheis
Ratsherr



Allianz für Aachen

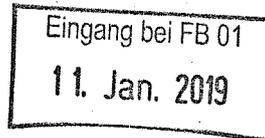
Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Allianz für Aachen – Johannes Paul II Str. 1 – 52062 Aachen

Stadtverwaltung Aachen
Herrn Oberbürgermeister
Marcel Philipp

-Rathaus-

52058 Aachen



Markus Mohr u. Wolfgang Palm

Allianz für Aachen (AfA)
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
52062 Aachen

11. Januar 2019

Anfrage: Stellungnahme der Verwaltung zur Ratsanfrage des Rats Herrn Jonas Paul (GRÜNE) vom 23.10.2018

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in ihrer Stellungnahme auf die Ratsanfrage des GRÜNEN-Rats Herrn Jonas Paul vom 23.10.2018 führte die Verwaltung zur Frage 3.) aus, daß die Mitarbeiter des Ordnungs- und Sicherheitsdienstes und des Vollzugsdienstes über das Auftreten rechtsextremer Gruppierungen informiert würden.

Die Verwaltung kündigte in besagter Stellungnahme zudem an, daß sie die Anfrage des Rats Herrn Paul weiterhin zum Anlaß nehmen werde, Schulungsmöglichkeiten in Bezug auf die Erkennung rechtsextremer Aufkleber zu ermitteln und eine entsprechende Schulung der im Außendienst tätigen Mitarbeiter der Stadt zu prüfen.

Wir fragen dazu:

1.) Wie häufig wurden Mitarbeiter des Ordnungs-, Sicherheits- und Vollzugsdienstes seit dem 18.06.2014 über a) rechtsextreme und b) linksextreme Gruppierungen informiert? Bitte geben Sie zudem an, um welche Gruppierungen es sich dabei jeweils handelte.

2.) Inwiefern wird die Verwaltung bei der von ihr angekündigten Prüfung etwaiger Schulungsmöglichkeiten für städtische Außendienstmitarbeiter bzgl. der Erkennung von Aufklebern auch solche mit linksextremer Herkunft berücksichtigen?

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

3.) In welchen Teilen der Stadt kommt es nach Erkenntnissen der Verwaltung gehäuft zur Verschmutzung des Straßen- und Stadtbildes durch das Verkleben linksextremer und/oder radikalfeministischer Aufkleber? Bitte nennen Sie die betroffenen Straßenzüge bzw. öffentlichen Gebäude.

4.) Wem in der Verwaltung können Bürger die Verunreinigung des öffentlichen Raums durch linksextreme Aufkleber melden und wie sieht der auf eine solche Meldung folgende Arbeitsprozess zur Beseitigung der Verschmutzung aus?

Mit freundlichen Grüßen

Markus Mohr

Wolfgang Palm

Für die Ratsgruppe

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Markus Mohr', written over a horizontal line.

Markus Mohr

Allianz für Aachen

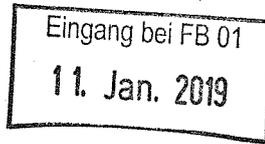
Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Allianz für Aachen – Johannes Paul II Str. 1 – 52062 Aachen

Stadtverwaltung Aachen
Herrn Oberbürgermeister
Marcel Philipp

-Rathaus-

52058 Aachen



Markus Mohr u. Wolfgang Palm

Allianz für Aachen (AFA)
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
52062 Aachen

11. Januar 2019

Anfrage: Rückerstattungsforderungen an „Flüchtlingsbürgen“ in Aachen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

seit dem Jahr 2013 und insbesondere seit dem Herbst 2015 hatten sich in Deutschland zahlreiche Privatpersonen verpflichtet Lebenshaltungskosten für Migranten zu übernehmen, um diesen eine Aufenthaltserlaubnis zu ermöglichen. Auf diesem Wege gelangten tausende Migranten nach Deutschland. Die sogenannten „Flüchtlingsbürgen“ waren dabei davon ausgegangen, daß die Bürgschaft auslaufe, sobald die entsprechenden Asylverfahren positiv beschieden sind.

Diese durch falsche Angaben der Länder mitverschuldete Fehlannahme wurde seitens des Bundes, bzw. des Bundesverwaltungsgerichtes korrigiert: Bürgen müssen auch nach der Anerkennung der Flüchtlinge für deren Lebensunterhalt aufkommen – solange, bis diese in Arbeit sind oder Deutschland wieder verlassen. In der Zwischenzeit an Migranten ausgezahlte Sozialleistungen sind zurückzuerstatten. Eine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten René Springer brachte zu Tage, daß sich die Rückzahlungsforderungen bundesweit auf insgesamt über 21 Millionen Euro belaufen.¹ Wie das zuständige Ministerium mitteilte, liegen für die Städtereion Aachen 78 Erstattungsbescheide mit einer Gesamterstattungsforderung von 686.743,42 EUR vor.²

¹ Vgl. Bundestag Drucksache 19/6484.

² Ebenda, S. 15.

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Vor diesem Hintergrund fragen wir in Bezug auf die Stadt Aachen:

- 1.) Inwiefern hat sich zum aktuellen Zeitpunkt die Anzahl der vom Jobcenter Aachen ausgestellten Erstattungsbescheide sowie die Summe der entsprechenden Erstattungsforderungen gegenüber den o.e. Angaben des Ministeriums auf die Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten René Springer geändert und welchen Anteil an der Zahl der Erstattungsbescheide sowie an der Summe der Erstattungsforderungen haben in der Stadt Aachen wohnhafte Personen?
- 2.) Auf welche Summen (in EUR) belaufen sich im Kontext der Frage 1.) jeweils die zehn höchsten Erstattungsforderungen?
- 3.) Wie viele der bis zum 31.12.2018 in der Stadt Aachen zugestellten Erstattungsbescheide an „Flüchtlingsbürgern“ waren a) an Privatpersonen, b) an Kirchengemeinden und c) an Vereine gerichtet? Wir bitten nach Möglichkeit um Nennung der etwaig entsprechenden Kirchengemeinden und Vereine.
- 4.) Für wie viele Ausländer haben wie viele in Aachen gemeldete Personen seit dem 01.01.2015 gebürgt und in wie vielen Fällen haben einzelne Personen für mehr als a) fünf, b) zehn und c) fünfzehn Ausländer gebürgt?
- 5.) Welche Summe (in EUR) wurde im Zuge der in Rede stehenden Rückerstattungsforderungen von „Flüchtlingsbürgern“ in der Stadt Aachen zum 31.12.2018 bereits beglichen?

Mit freundlichen Grüßen

Markus Mohr

Wolfgang Palm

Für die Ratsgruppe



Markus Mohr

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Allianz für Aachen – Johannes Paul II Str. 1 – 52062 Aachen

Stadtverwaltung Aachen
Herrn Oberbürgermeister
Marcel Philipp

-Rathaus-
52058 Aachen

Markus Mohr u. Wolfgang Palm

Allianz für Aachen (AfA)
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
52062 Aachen

Eingang bei FB 01

11. Jan. 2019

11. Januar 2019

Anfrage: Ratsantrag der Allianz für Aachen „Straßenbenennung nach Caroline Reinartz“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

am 12. August 2017 verstarb die bekannte Aachener Bürgerin Caroline Reinartz. Als engagierte, kritische und heimatverbundene Stimme hatte sie das gesellschaftliche und politische Leben in Aachen seit Jahrzehnten mit geprägt. Ihr bürgerschaftliches Engagement war stets überparteilich und dem Wohle ihrer Heimatstadt verpflichtet. Als großzügiges und lebhaftes Öcher Urgestein bleibt Caroline Reinartz vielen Aachenern in ebenso lebendiger Erinnerung.

Die Allianz für Aachen hatte seinerzeit per Ratsantrag angeregt, eine Straße nach Caroline Reinartz zu benennen.¹ Damit sollten ihre besonderen Verdienste für die Stadt Aachen gewürdigt werden; so, wie es in Aachen zur guten Tradition gehört herausragende Persönlichkeiten auf diesem Wege in die Geschichte der Stadt zu verewigen.

Nach nunmehr über einem Jahr wurde der genannte Antrag der Allianz noch immer nicht behandelt. Die ausladenden Zeitspannen, die die Stadtverwaltung bei der Bearbeitung von Anträgen der Ratsgruppe beansprucht, sind nichts Ungewöhnliches, gleichwohl hätte es der Respekt vor der großen Aachenerin Reinartz als auch vor dem Wunsch vieler

¹ Ratsantrag der Allianz für Aachen „Straßenbenennung nach Caroline Reinartz“ vom 06.12.2017. Siehe Eintrag des Weltnetzaufwurfes der Ratsgruppe vom 07.12.2017 <https://www.afa.ac/wp-content/uploads/2018/04/ANT-AfA-Stra%C3%9Fbenennung-nach-Caroline-Reinartz.pdf> [08.01.2019].

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Aachener nach einer angemessenen Würdigung ihres Lebenswerkes geboten, über die beantragte Straßenbenennung zeitnah zu befinden.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1.) Aus welchem Grund wurde der in Rede stehende Ratsantrag der Allianz für Aachen „Straßenbenennung nach Caroline Reinartz“ über ein Jahr nach dessen Eingang noch nicht behandelt?**
- 2.) Wann wird der o.g. Antrag voraussichtlich in welchem Gremium behandelt?**
- 3.) Sprechen aus Sicht der für den o.g. Antrag zuständigen Verwaltungsstelle Gründe gegen einen positiven Bescheid desselben und falls ja, welche?**

Mit freundlichen Grüßen

Markus Mohr

Wolfgang Palm

Für die Ratsgruppe



Markus Mohr

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Allianz für Aachen – Johannes Paul II Str. 1 – 52062 Aachen

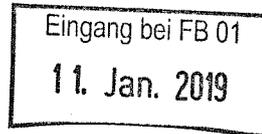
Stadtverwaltung Aachen
Herrn Oberbürgermeister
Marcel Philipp

-Rathaus-

52058 Aachen

Markus Mohr u. Wolfgang Palm

Allianz für Aachen (AfA)
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
52062 Aachen



11. Januar 2019

Anfrage: Beauftragung externer Rechtsdienstleister

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten um die Beantwortung folgender Frage:

Mit der Erbringung welcher Leistungen wurden welche Rechtsdienstleister seitens der Stadt Aachen sowie städtischer Eigenbetriebe seit dem 01. Januar 2016 beauftragt? Bitte schlüsseln Sie auf nach

- a) Auftraggeber (Stadt Aachen, Eigenbetrieb),
- b) Auftragnehmer (Name Kanzlei, Rechtsanwalt),
- c) der erbrachten Leistungsart (Rechtsberatung, Gerichtsvertretung, Gutachten, Mediation, notarielle Angelegenheiten, etc.),
- d) dem gezahlten Honorar.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Mohr

Wolfgang Palm

Für die Ratsgruppe

Markus Mohr



Allianz für Aachen

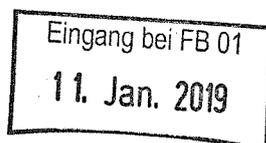
Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Allianz für Aachen – Johannes Paul II Str. 1 – 52062 Aachen

Stadtverwaltung Aachen
Herrn Oberbürgermeister
Marcel Philipp

-Rathaus-

52058 Aachen



Markus Mohr u. Wolfgang Palm

Allianz für Aachen (AfA)
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
52062 Aachen

11. Januar 2019

Betreff: Bearbeitungsstand zurückliegender Ratsanträge der Allianz für Aachen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Allianz für Aachen hatte bereits an verschiedenen Stellen auf die nicht praktikable bis dysfunktionale Recherchefunktion des Ratsinformationssystems (RIS) hingewiesen.¹ In einem aktuellen Antrag („Optimierung des Ratsinformationssystems – Mehr Transparenz bei Ratsanträgen“ vom 11.01.2019) fordert die Ratsgruppe erneut eine Optimierung des RIS. Dabei geht es ihr insbesondere um mehr Transparenz während des Bearbeitungsprozesses von Ratsanträgen.

In seiner derzeitigen Verfassung ist das RIS nicht geeignet, um Vorlagen zu bereits behandelten Anträgen zuverlässig nachzurecherchieren.

Wir bitten vor diesem Hintergrund um Auskunft über den jeweiligen Bearbeitungsstand folgender zurückliegend von der Ratsgruppe Allianz für Aachen eingereichten Ratsanträge:

- I. „Entwicklung eines tragfähigen Personalentwicklungskonzepts“ (Nr. 165/ 17)
- II. „Hundefreundliches Aachen“ (Nr. 185/ 17)
- III. „Mehr Bürgernähe bei der Gestaltung städtischer Formulare“ (Nr. 237/ 17)

¹ Vgl. Antrag der Allianz für Aachen „Transparenz schaffen I – Technische Optimierung des Ratsinformationssystems“ vom 24.08.2017.

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

- IV. „Pferdeverbot bei Karnevalsumzügen in Aachen“ (Nr. 255/ 17)
- V. „Erklärung zur Wahlkampfauftritten ausländischer Regierungsvertreter in Aachen“ (Nr. 254/ 17)
- VI. „Perspektiven statt Ausgrenzung – Hilfsangebot „Trinkerstube“ in Aachen (Nr. 253/ 17)
- VII. „Wohnraumknappheit bekämpfen (I von II) – Priorisierung einheimischer Aachener Bürger bei der Wohnraumversorgung“ (Nr. 268/ 17)
- VIII. „Wohnraumknappheit bekämpfen (II von II) – Auslastungsquote in Flüchtlingsheimen erhöhen (Nr. 269/ 17)
- IX. „Neue Interventions- und Präventionsstrategie in Aachen gegen gesundheitliche Risiken durch den Konsum illegaler Drogen“ (Nr. 270/ 17)
- X. „Integration von Flüchtlingen – FIM-Stellen in Aachen ausbauen“ (Nr. 271/ 17)
- XI. „Erklärung des Rats der Stadt Aachen – Willkommenskultur für die Bundeswehr“ (Nr. 281/ 17)
- XII. „Keine Fördergelder für linksextreme Organisationen“ (Nr. 285/ 17)
- XIII. „Durchführung einer Vortragsveranstaltung an der VHS-Aachen zum Spracherwerbskonzept „Français Authentique““ (Nr. 290/ 17)
- XIV. „Schutz der Aachener Fußgängerzonen“ (Nr. 289/ 17)
- XV. „Umgebungslärm reduzieren I – Ergänzung der Aachener Straßenverordnung“ (Nr. 310/ 17)
- XVI. „Umgebungslärm reduzieren II – Ergänzung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung“ (Nr. 311/ 17)
- XVII. „Einrichtung eines Kompetenzzentrum für unbemannte Flugsysteme an der RWTH-Aachen“ (Nr. 315/ 17)
- XVIII. „Kulturgut in die Heimat holen – Rückführung der Aachener Beutekunst“ (Nr. 320/ 17)
- XIX. „Gefahrenabwehr – Rutschhemmende Bodenbeläge auf Aachener Gehwegen“ (Nr. 335/ 17)
- XX. „Trickbetrug bekämpfen – Präventionsmaßnahmen zum Schutz von Senioren“ (Nr. 340/ 17)

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

XXI. „Mehr Trampoline auf öffentlichen Spielplätzen der Stadt Aachen (Nr. 376/ 17)

XXII. „„Keine Lösung, Teil des Problems“ – Erklärung des OB zu Dieselfahrverboten“ (Nr. 377/ 17)

Wir fragen im Falle bereits erfolgter Erledigung:

1. Wann wurden welche der angeführten Anträge I. bis XXII. in welchem Fachausschuss (bzw. in welchen Ausschüssen) behandelt? Wir bitten um Angabe des jeweiligen Antragstitels und des jeweiligen Fachausschusses, in dem eine Behandlung desselben erfolgte sowie des Kalenderdatums (tt.mm.jjjj) der entsprechenden Sitzungen.

Wir fragen im Falle noch nicht erfolgter Behandlung:

2. Wann wurden welche noch nicht behandelten Anträge nach Annahme durch den Rat an die jeweils zuständigen Verwaltungsstellen, bzw. -Einheiten zwecks weiterer Bearbeitung übermittelt? Wir bitten um Angabe a) der noch nicht behandelten Anträge, b) des Kalenderdatums deren Übermittlung und c) der entsprechenden Verwaltungsstelle, bzw. -Einheit, die für die Bearbeitung der jeweiligen Anträge zuständig ist.

3. Aus welchen Gründen wurden Anträge der oben aufgeführten Ziffern römisch I. bis XIV. noch nicht behandelt und wann ist eine entsprechende Behandlung vorgesehen?

Aufgrund der in jüngster Vergangenheit raschen Zunahme von Fällen von Trickbetrug bat die Allianz für Aachen Oberbürgermeister Marcel Philipp (CDU) in einem Schreiben vom 05. April dieses Jahres um umgehende Befassung des von ihr einen Monat zuvor eingereichten Antrags unter dem Titel „Trickbetrug bekämpfen – Präventionsmaßnahmen zum Schutz von Senioren“ im Rat der Stadt. Seither ist weder die seitens der Allianz erbetene Befassung im Rat noch eine sonstige Reaktion des Oberbürgermeisters auf das o.g. Schreiben erfolgt.

Wir fragen:

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

4. Aus welchem Grund wurde die Bitte der Allianz um Befassung eines auf einen aktuellen Anlass bezogenen Antrags seitens des Oberbürgermeisters ignoriert?

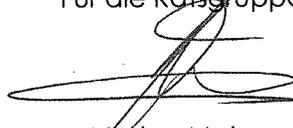
5. Wie lautet der Bearbeitungsstand des in Rede stehenden Antrags (Nr. 340/ 17) und wann wird seine Behandlung in einem städtischen Gremium voraussichtlich erfolgen? Bitte erläutern Sie alle Verwaltungsschritte und Bearbeitungsoperationen, die seit dem Eingang des Antrags stattgefunden haben.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Mohr

Wolfgang Palm

Für die Ratsgruppe



Markus Mohr

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Allianz für Aachen – Johannes Paul II Str. 1 – 52062 Aachen

Stadtverwaltung Aachen
Herr Oberbürgermeister
Marcel Philipp

-Rathaus-

52058 Aachen

Markus Mohr u. Wolfgang Palm

Allianz für Aachen (AfA)
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
52062 Aachen

Eingang bei FB 01

12. Jan. 2019

11. Januar 2019

Anfrage: Prostitution in Aachen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

das Thema Prostitution wird in Aachen seit vielen Jahren intensiv diskutiert. Insbesondere im Zusammenhang mit der Frage über die Zukunft der Aachener Bordellmeile an der Antoniusstraße stehen Art, Umfang und Umgang mit der Prostitution durchgängig im Fokus der kommunalen Politik sowie des öffentlichen Interesses.

Vor diesem Hintergrund fragen wir:

- 1.) **Wie viele Erlaubnisse nach § 12 Prostituiertenschutzgesetz sind derzeit an Betreiber in der Stadt Aachen erteilt? Wir bitten a) um Aufschlüsselung nach der jeweiligen Art des konzessionierten Gewerbes (Prostitutionsstätte, -fahrzeug, -veranstaltung, -vermittlung etc.) sowie im Falle von Prostitutionsstätten b) um Angabe der jeweils genehmigten Betriebsanschrift.**
- 2.) **Wie viele Anträge auf Erlaubnis nach § 12 Prostituiertenschutzgesetz wurden seit dem 01.07.2017 bei der Stadt Aachen eingereicht und wie viele derselben wurden positiv beschieden? Bitte listen Sie im Falle von Anträgen auf Erlaubnis zum Betrieb von Prostitutionsstätten jeweils die beantragte Betriebsanschrift, das Antragsdatum und das Bescheiddatum auf und geben Sie die Gründe an, die im Falle etwaig negativ beschiedener o.g. Genehmigungsanfragen ausschlaggebend waren.**
- 3.) **Wie viele Anträge auf Erlaubnis nach § 12 Prostituiertenschutzgesetz, die seit dem 01.07.2017 bei der Stadt Aachen eingereicht wurden, sind derzeit noch nicht**

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

entschieden und was sind die Hinderungsgründe, die einer Entscheidung entgegenstehen? Bitte listen Sie im Falle von Anträgen zur Genehmigung des Betriebs von Prostitutionsstätten das jeweilige Antragsdatum, die beantragte Betriebsanschrift und den Hinderungsgrund der einer Entscheidung entgegensteht auf.

Bei der Beantragung einer Erlaubnis nach § 12 Prostituiertenschutzgesetz zum Betrieb von Prostitutionsstätten muss der Antragsteller ein Betriebskonzept vorlegen und darin Angaben zur baulichen Gestaltung und Ausstattung der Betriebsstätte machen. Das Prostituiertenschutzgesetz legt diesbezügliche Mindestanforderungen fest.

4.) Welche Betriebsanschriften für die eine Erlaubnis nach § 12 Prostituiertenschutzgesetz zum Betrieb von Prostitutionsstätten beantragt wurde, hat die Verwaltung seit dem 01.07.2017 in Augenschein genommen? Bitte listen Sie jeweils auf nach Anschrift der Betriebsstätte, Datum der Inaugenscheinnahme und Ergebnis (entspricht den Anforderungen, entspricht nicht, entspricht teilweise etc.).

5.) Sind derzeit Verfahren im Zusammenhang mit der Erteilung von Erlaubnissen nach § 12 Prostituiertenschutzgesetz gegen die Stadt Aachen anhängig und falls ja, seit wann, wegen welcher Sachverhalte und wie schätzt die Verwaltung die Erfolgsaussichten ein?

Mit freundlichen Grüßen

Markus Mohr

Wolfgang Palm

Für die Ratsgruppe



Markus Mohr

Eingang bei FB 01

13. Jan. 2019



UWG · C.Allemand · Jülicherstrasse 114a 52070 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Unabhängige
Wähler*innen
Gemeinschaft
im Rat der Stadt Aachen
Jülicherstrasse 114a
52070 Aachen
Telefon: 017854305612
info@uwg-aachen.de

Aachen, den 13.01.2019

Ratsanfrage: Stadtgrün

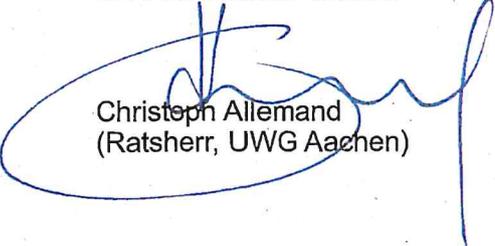
Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

unter dem Eindruck der aktuell sich dramatisch entwickelnden Klimadaten und der nicht anhaltenden Diskussionen über Feinstaub- und Schadstoffbelastungen auch in unserem Stadtgebiet möchte die UWG-Aachen gerne folgende Aufklärungen erbeten:

- a.) Welche Fördertöpfe und Programme sind in den laufenden Jahre 2019 und 2020 und folgende in den Themenbereich „Stadtgrün“ (Fassadenbegrünung, Gartenunterstützung, Baumpflanzungen, Beetpatenschaften, Erweiterung von Grünflächen etc.) vorgesehen.
- b.) Wenn vorhanden, wie weit sind diese Programme /Fördertöpfe schon ausgeschöpft, nominell und prozentual?
- c.) Wenn vorhanden, wie viele Aachener*innen haben sich bereits an diesen Programmen beteiligt?
- d.) Wenn vorhanden, wie und wo wurde über diese Fördertöpfe/Programme aufgeklärt, beworben, bekannt gemacht?

Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen


Christoph Allemand
(Ratsherr, UWG Aachen)

Eingang bei FB 01

13. Jan. 2019



UWG · C.Allemand · Jüllicherstrasse 114a 52070 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Unabhängige
Wähler*innen
Gemeinschaft
im Rat der Stadt Aachen
Jüllicherstrasse 114a
52070 Aachen
Telefon: 017854305612
info@uwg-aachen.de

Aachen, den 13.01.2019

Ratsanfrage: Offensive Ride+Bike

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

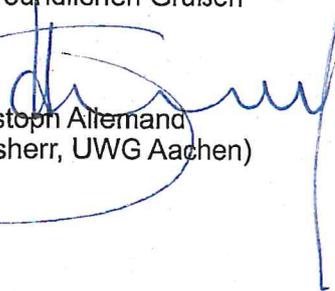
am 15.11.2018 hat das Bundesumweltministerium zusammen mit der Deutschen Bahn die Offensive BIKE+RIDE gestartet. Hierbei werden durch baulich-rechtliche Erleichterungen, und mithilfe eines Finanzierungszuschusses bis zum Jahre 2022 bis zu 100.000 Radabstellplätze in der unmittelbaren Umgebung der Bahnhöfe gefördert.

Kommunen werden dabei gebeten, unter der Telefonnummer 030-20199-3573 sich zu informieren und grundsätzlich Kontakt zur Offensive aufzunehmen, um im Einklang mit Ministerium und der Deutschen Bahn jeweils optimale Standorte für diese Form von „Aufstockung“ der bereits vorhandenen Abstellplätze zu erarbeiten. Daher folgende Fragen:

- a.) Hat die Verwaltung der Stadt Aachen bereits ersten Kontakt mit der Offensive Bike+Ride genommen?
- b.) Und wenn ja, zu welchen ersten Ergebnissen/Überlegungen sind die Teilnehmer*innen bisher bereits wohlmöglich gekommen.
- c.) Und wenn nein, wann wird dies der Fall sein?
- d.) Wer wird generell die zuständige Kontaktperson in der Verwaltung sein, um diesem Thema zeitnah und lösungsorientiert nachzugehen?

Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen


Christoph Allemand
(Ratsherr, UWG Aachen)